

# Die Sachverständigen im Münchner Prozeß.

## Nationalismus im Grunde gleich Internationalismus?

(Fortsetzung des Berichtes aus dem Abendblatt.)

Nachdem der Sachverständige Professor Hans Delbrück sein Gutachten vorgetragen hatte, richtete Oberst Jochim an ihn die Frage, ob ihm bekannt sei, daß im Kontrat vom 11. September 1917 der Kaiser im Gegensatz zu Ludendorff sich dahin entschieden habe, daß auf Belgien zu verzichten sei, und daß die deutsche Regierung der englischen Regierung diesen Verzicht durch eine neutrale Vermittlung mitteilen lassen sollte.

Die Antwort, die von England zurückkam, sei jedoch ablehnend gewesen.

Delbrück erwidert, es sei richtig, daß auch Staatssekretär Kühlmann auf dem Standpunkt stand, daß bei Friedensschluss auf Belgien verzichtet werden sollte. Delbrück erhebt nur den Vorwurf, Deutschland hätte vorher bindende Erklärungen abgeben sollen, während begreiflicherweise die Diplomaten dieses Land als Austauschpfand verwenden wollten. Dr. Delbrück bezeichnet den Gedanken an einen deutschen Sieg als einen absoluten Wahnsinn. Er behauptet ferner: Ich habe den Verhandlungsfrieden schon im September 1914 verlangt und habe bedroht mit dem General v. Kessel einen sehr scharfen Zusammenstoß. Ich habe ihm damals gesagt: Wir stehen hier in einem entscheidenden Augenblick. Was ich vertritt, ist die Politik des Kaisers und seines Reichskanzlers, General v. Kessel wurde darauf ziemlich kleinlaut. Ich habe Bethmann-Hollweg in der Sache ebenfalls gesprochen. Er hatte aber nicht den Mut, auf meine Seite zu treten, und hat mich im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen. Einen Sieg wie den Friedriehs des Großen im Siebenjährigen Kriege mit der Selbstbehauptung Preussens wollte zweifellos das ganze Volk. Diermit ist das Gutachten von Professor Delbrück beendet. Auf Verlangen des Verteidigers hält dieser sich bereit, zu jeder Zeit auf Fragen zur Verfügung zu stehen.

Nach einer längeren Mittagspause teilt Amtsgerichtsdirektor Dr. Frank mit, daß er nunmehr die Tagesordnung der Ministerkonferenz vom 18. November 1918 in München erhalten habe. Dieser Tagesordnung ist eine Belage beigefügt, auf der die bereits erwähnte Liste über die vorhandenen 164 Millionen enthalten ist, die Widner von Sowjet-Rußland erhalten haben soll. Aus der Tagesordnung läßt sich nicht feststellen, welche Bewandnis es im einzelnen mit diesen 164 Millionen hatte.

Zu der bevorstehenden Vernehmung des Sachverständigen Amtsgerichtsrat Dr. Herz stellt R.-A. Graf Pechalozza den Antrag, den Sachverständigen wegen Besorgnis der Unschulden, den Sachverständigen habe schon im voraus ein schriftliches Gutachten von ungefähr 60 Schreibmaschinenseiten abgefaßt und dieses Gutachten bereits der sozialistischen und sonst interessierten Presse zur Veröffentlichung übergeben. Dr. Hirschberg widerspricht diesem Antrag, worauf der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Frank als Gerichtsbeschluss die Ablehnung des Antrages Graf Pechalozzas mitteilt. Die Besorgnis der Besorgnis sei unbestritten. Das Verhalten des Sachverständigen sei zwar etwas merkwürdig; darin liege jedoch kein Grund zu einem Mißtrauen. — Der Sachverständige

Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz, Berlin, erhält hierauf das Wort. Er weist zunächst darauf hin, daß er als Generalsekretär des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und als Sachverständiger für die Dolchstoßfragen gearbeitet habe. Nach Hohmanns Auffassung seien die Strafmengen, die den Willen zum Sieg beim deutschen Volke erstehen, folgende gewesen: Internationalismus, Pazifismus, Defaitismus.

Internationalismus und Nationalismus sind nach Herz nur scheinbare Gegensätze.

Der Internationalismus schlicke keineswegs die Liebe zum Volke aus. Ebenjensowenig brauche der Pazifismus antinational zu sein. Bei der Beurteilung des Willens der Massen, den Krieg nicht länger als unbedingt notwendig durchzuführen, hätte man mehr die physischen und die seelischen Zusammenhänge im Betracht ziehen müssen. Schlimm habe die Entlassung Bethmann-Hollwegs und Kühlmanns gewirkt. Die oberste Heeresleitung habe damit auch die volle Verantwortung für die Politik übernommen, und alle Vorwürfe richteten sich somit auch gegen die militärische Leitung. Der Defaitismus sei auch in Frankreich aufgetaucht, ebenso in England, wo schon 1914 ein Dutsch gegen den Krieg erlitten, das später verboten wurde. Das gleiche sei in Belgien der Fall gewesen, wo Vandervelde ein sehr charakteristisches defaitistisches Wort geprägt habe. Es sei behauptet worden, daß die Internationale bzw. antinationale Einstellung hauptsächlich in Deutschland zu finden gewesen sei. Die englischen und französischen Sozialisten seien in erster Linie Patrioten gewesen. Herz erklärt, die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokratie habe sich überall zur Landesvertriedung bekannt, obwohl eine feindliche Einstellung gegenüber dem Imperialismus und dem Kapitalismus herrschte. Meutereien habe es auch in anderen Ländern gegeben. Man erinnere sich nur an die großen Meutereien in Frank-

reich 1917. Wegen der großen Streiks in den französischen Fabriken bei Paris sei Militär aufgeboden worden. Auch in England habe eine Streikbewegung vorübergehend Platz gegriffen. Auch dort habe man damals Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen verlangt. Der Haß gegen den Krieg sei überall ständig gewachsen. Die Meutereien in der französischen Armee seien härter gewesen, als je solche in Deutschland auftraten. Nicht weniger als 16 Armeekorps seien in Frankreich davon ergriffen worden. Man habe Soldatenräte gebildet und es sei der Ruf erschollen: Nieher mit dem Kriege! Zwischen Solson und Paris seien nur zwei zuverlässige Divisionen noch übriggeblieben. Auch dort habe man die Schuld auf den Defaitismus geschoben. Der General Petain hätte anlässlich dieser Meutereien 100 Todesurteile ausgesprochen, von denen 23 vollstreckt wurden. Kurz darauf hätten sich diese Truppen dann wieder glänzend geschlagen.

Rehntlich wie mit den Meuturern, den Pazifisten usw. sei es auch mit den Landesverrätern gewesen. Landesverräter habe es überall gegeben. Wichtig sind die nunmehr folgenden klaren Bekenntnisse des Sachverständigen Dr. Herz. Der Unterschied zwischen der S. P. D. und der U. S. P. D. wird von Dr. Herz dahin gekennzeichnet, daß die U. S. P. D. glaube, die Lage sei so aut, daß sie sich den Luxus gestatten könne, während des Krieges innere Politik zu treiben.

Es müsse ausgegeben werden, daß die radikale Linke nicht habe mit dem Ziele, die soziale Revolution zu entfesseln.

Sie hat nicht nur in der Heimat gehetzt, sie hat auch an der Front gewählt und die Rot des Volkes für politische Vorteile zu wecke auszunutzen versucht. Die Arbeit der Radikalen sei erleichtert worden, weil die Leute, die in der Heimat hegten, an die Front geschickt werden mußten. Die wichtigste Frage sei nun die, ob diese Wählerereifung Erfolg hatten. Dr. Herz behauptet, der Krieg sei verlorengegangen, als der Gegenstoß der Alliierten vollen Erfolg hatte. Niemand könne behaupten, daß die Niederlagen darauf zurückzuführen seien, daß der Geist der Truppe gelitten habe. Hiermit setzt sich Herz in Widerspruch zu den verschiedenen Aussagen, die im Verlauf dieses Prozesses gemacht worden sind.

Auf die Meuterei bei der Flotte übergehend, verwies der Sachverständige darauf, daß der Staatsanwalt das Material über die Beteiligung der Abga. Haase, Dittmann und Bogherr dem Untersuchungsausschuss des Reichstages übergeben habe. Nach Durchsicht der Akten habe der Reichstag erklärt, daß das Material nicht ausreiche, um gegen die Abgeordneten einzuschreiten. Vom Standpunkt der Offiziere aus sei es begreiflich, daß diese lieber untergehen wollten, als sich dem Feinde auszuliefern. Ebenso verständlich ist nach Auffassung dieses Sachverständigen, daß die Mannschaften sich kurz vor dem Waffenstillstand nicht nochmals zum Kampfe stellen wollten. Nun nahm der Sachverständige Stellung zu der Frage, ob der Kampf noch hätte fortgeführt werden können. Er unterscheidet drei Stadien: 1. den Augenblick, als die Oberste Heeresleitung von dem Widerstreben des Prinzen Max erfuhr, und trotzdem den Waffenstillstand verlangte. Es dürfte angenommen werden, daß damals eine Ursache zur Kapitulation nicht vorlag.

Das zweite Stadium sei eingetreten, als die Wilson'schen Noten gelangten, was die politische Leitung vorhergesehen hatte; nämlich, daß die Waffenstillstandsbedingungen fürchterliche sein würden. Es müsse zur Erwägung gestellt werden, ob unsere Feinde später nochmals gewillt gewesen wären, auf Waffenstillstandsverhandlungen einzugehen und auf einen Einfall in Deutschland zu verzichten. Dazu sei die Bedrängung Vaperns und die Gefahr eines bayerischen Sonderriebs getreten, die damals sehr nahegerückt gewesen sei. Hierdurch sei die Gefahr des Reichszerfalls in unmittelbare Nähe gerückt gewesen. Die Oberste Heeresleitung habe damals ihr Vertrauen verloren.

Die letzte Frage sei, ob wir weiterkämpfen konnten, als die Waffenstillstandsverhandlungen bekannt wurden. Der Sachverständige glaubt, daß die Waffenstillstandsbedingungen, auch wenn keine Revolution eingetreten wäre, unumgänglich hätten abgelehnt werden können, und stellt sich damit in Gegensatz zu den klaren Ausführungen von General Groner, der doch schließlich als militärischer Sachverständiger diese Dinge besser beurteilen kann als Dr. Herz. Dr. Herz stellt natürlich auf dem Standpunkt, daß die Roten Wilson nur die eine Lösung auslassen hätten, den Kaiser zum Rücktritt zu zwingen, um dadurch bessere Chancen zu erhalten.

Dr. Herz wird morgen vormittag 9 Uhr mit seinem Gutachten fortfahren.

## Eine Erklärung des Oberstaatsanwaltes Dr. Frieders zum Loeb-Prozess.

Berlin, 2. November. Zu den Kommentaren einzelner Blätter über den Rücktritt des Oberstaatsanwaltes Dr. Frieders von der öffentlichen Anklage im Loeb-Prozess stellte der Oberstaatsanwalt fest, daß die Begründung für sein Rücktreten am Tage der Urteilsverkündung nicht von ihm stammt und von ihm auch nicht der Presse übergeben worden ist. Zur Sache selbst bemerkte er, daß er bereits in früheren Stadien des Verfahrens betont habe, daß eine Verurteilung des Staatsbankrottpräsidenten a. D. Loeb wegen Meineids nicht zu erwarten sei. (Z. B.)

# Zuspitzung der österreichischen Beamtenkrise.

## Das Kabinett Rameck gefährdet?

Wien, 2. Nov. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, steht man in parlamentarischen Kreisen der weiteren Entwicklung der Beamtenfrage nur mit großer Besorgnis entgegen. Man hofft noch immer, daß die Beamtenfrage die schwierige Lage des Staates anerkennt und sich mit dem Gebotenen begnügen werde. Sollte es jedoch morgen zu einem Streikbeschluß kommen, so läßt sich nicht voraussehen, welche Weiterungen sich daraus ergeben könnten. Man hält die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß das Kabinett Rameck in diesem Falle keine Demission geben würde, da es dann kein Mittel mehr gebe, die Bundesangelegenheiten zu befriedigen, um ein Ende des Streiks herbeizuführen. Von Seiten der Regierung allerdings werde erklärt, daß die Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß von einem Abbruch der Verhandlungen noch nicht gesprochen werden könne und daß erst morgen der Beschluß des Präsidiums-Ausschusses abgewartet werden müsse. Sollte es zu einem Streik kommen, dann habe, wie in Regierungskreisen verlautet, das Kabinett nicht die Absicht, zurückzutreten, vielmehr wolle es den Streik durchhalten, da sie überzeugt sei, daß auch eine andere Regierung den Beamten nicht mehr bieten könnte. (Z. B.)

## Deutsch bellende Hunde.

Eine Mangelleistung eines österreichischen Uebernationalisten. Die „Subetendeutsche Tageszeitung“ lenkt die Aufmerksamkeit auf eine österreichische Mangelleistung. Sie findet sich in dem Blatte „Rano“, dem Montagblatt der „Rat. List“, das über den Besuch eines Tischen in Trautau u. a. folgendes berichtet: „Ich sehe mich neugierig nach den Firmen, den Schauwerkern und den Strahenden um, und alles ist zu meinem Schmerz deutsch. Die Vorübergehenden sprechen laut deutsch, die Kinder hüpfen fröhlich umher und schreien deutsch, und auch der und nachlaufende Hund, scheint es, bellt deutsch.“

Selbst ein österreichisches Blatt hat an dieser Ausgeburt chauvinistischen Deutschenhasses darum Anstoß genommen, weil sie eine gute Propaganda für die Deutschen sei. Man braucht dieser Feststellung nichts hinzuzufügen.

## Protest der bulgarischen Studentenenschaft in Berlin

Die bulgarischen Studentenvereine in Deutschland veröffentlichen gegen die griechischen Uebergriffe einen Protest, in dem es heißt: Zu einer Zeit, da die Augen der Welt auf die Konferenz von Locarno gerichtet sind, wo große und mächtige Völker neue Wege zur friedlichen Beilegung der zwischen den Völkern entstandenen Konflikte suchen, um den Frieden in Europa zu sichern, ist Griechenland in unser Vaterland eindringend und hat grausamerweise durch Brandstiftung und Verhinderung eine Bevölkerung vertrieben, die seit langen Jahren ein trauriges, verhängnisvolles Schicksal erduldet. Die bulgarische Studentenenschaft, schwer erschüttert durch eine derartige, des 20. Jahrhunderts nicht würdige Handlung eines Volkes, erhebt feierlich Protest vor dem Bewußtsein des kultivierten Europa gegen die Verletzung der Hoheit eines Staates, dem die Mittel zu seiner Verteidigung fehlen und der gesungen ist, solche willkürlichen Handlungen zu dulden.

Die bulgarischen Studentenvereine haben deswegen vier Forderungen an den Völkerbund gerichtet, deren erste drei durch die Beschlüsse des Völkerbundesrats inzwischen erledigt sind. Die vierte Forderung verlangt, zur Erleichterung der finanziellen Lage des Landes sowie zu seinem Schutze vor neuen wirtschaftlichen Erschütterungen und der Wiederholung derartiger Uebergriffe dem Lande die einzige Garantie für eine friedliche Entwicklung geben zu wollen: ein Volkstheer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht.

## Rücktritt des Memeler Gouverneurs.

Memel, 2. Nov. Der Kommoer Berichtshalter des Memeler Dampfbootes meldet, daß der Gouverneur des Memelgebietes, Budrys, heute der litauischen Regierung sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe.

## Die Lage in Syrien.

London, 2. November. In Damaskus ist nach einer Meldung der „Times“ Ruhe eingetreten. Die Bevölkerung ist wieder ermutigt. Die Aufständischen hingegen gingen sehr langsam vor sich. Es wurden immer neue Leichen aufgefunden. In der Umgegend von Damaskus hätten die Aufständischen die Gewalt in den Händen, und keine der Landstrassen sei sicher. Man könne etwa vier Hauptgruppen von Aufständischen unterscheiden, deren wesentlichste das Gebiet östlich von Damaskus besetzte. Hier ständen etwa 4000 Aufständische, welche die Unabhängigkeit des von ihnen besetzten Gebietes erklärt haben. Die Zahl der Aufständischen vermehre sich noch täglich. Dies sei darauf zurückzuführen, daß die Franzosen systematisch die Dörfer, aus denen Unruhen gemeldet werden, einfach niederbrennen und die Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen.

## Sum Durchtransport türkischer Truppen durch Syrien.

Paris, 2. Nov. Die Haas berichtet, weiß man in diplomatischen Kreisen darauf hin, daß der Durchtransport türkischer Truppen durch syrisches Gebiet, den englische Zeitungen gemeldet hätten, auf Grund früherer mit der Regierung von Angora getroffenen Abkommen vorgenommen worden sei. Es sei dies bereits mehrfach geschehen. Der eigentliche Schienenweg, der für den Transport türkischer Truppen nach Mesopotamien in Frage komme, gehe nämlich zum Teil durch französisches Mandatsgebiet.

## Kein britischer Protest.

London, 3. Nov. Das britische Außenministerium teilt mit, daß es in Paris keine Schritte wegen der Durchmarschlaubnis für türkische Truppenteile für das französische Mandatsgebiet in Syrien unternommen habe. Nach dem französisch-türkischen Vertrag von Angora habe den türkischen Truppen das Duramarchrecht durch Syrien zu. Außerdem werde die britische Regierung von der französischen Mandatsverwaltung über die türkischen Truppentransporte auf dem Laufenden gehalten.

## Kemal Pascha über Vocarno.

Konstantinopel, 2. Nov. Bei der Eröffnung der Nationalversammlung in Angora erklärte der Präsident der Republik, Mustafa Kemal-Pascha, der Sicherheitspakt von Vocarno verdienende Beachtung. Der allgemeine Frieden und die allgemeine Sicherheit würden jedoch erst gewährleistet sein, wenn alle Nationen zu einem solchen Sicherheitspakt beteiligt seien.

## General Laidoner in Moskau.

London, 2. Nov. Der Beauftragte des Völkerbundes in der Moskufraze, der estnische General Laidoner, hat die Unteruchung der Moskau-Zwischenfälle in Moskau aufgenommen.

## Der Schah von Perlien protestiert.

Paris, 2. Nov. Der durch die Entscheidung des Parlaments seines Thrones enthobene Schah von Perlien befindet sich gegenwärtig in einem Pariser Hotel. Seit zwei Jahren hält er sich in Frankreich auf. Im vergangenen Monat wollte er sich nach Perlien zurückbegeben; doch hat er aus Gesundheitsrücksichten die Abreise wieder aufgeschoben. Eine Persönlichkeit aus der Umgegend des Schahs hat einem Vertreter von Haas die Erklärung abgegeben, daß der Schah energig gegen den Beschluß des Parlaments protestieren werde. (Z. B.)

## Unschlicht Nachfolger Franjes.

Paris, 2. Nov. Nach einer Moskauer Meldung ist Franjes Gehilfe, Unschlicht, zum Kriegskommissar ernannt worden. (Z. B.)

## Das Verfahren gegen Kulisfer.

Nachdem der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Schneider, die Voruntersuchung gegen den Generaldirektor Ivan Kulisfer im Sommer d. J. geschlossen hatte, wurde vom preussischen Justizminister an Stelle der bisher mit der Sache befaßt gewesen Staatsanwälte der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Polzin beauftragt, mit tunlichster Beschleunigung die Anklageschrift auszuarbeiten. Obwohl die Justizverwaltung dem Staatsanwaltschaftlichen Dezernenten noch drei weitere Staatsanwälte als Hilfsarbeiter zur Seite gestellt hatte, erforderte die Durcharbeitung des auf über zwanzig starke Aktenbände angewachsenen Materials doch eine derartige Arbeit, daß die vier Staatsanwälte erst jetzt die Anklage im wesentlichen abgeschlossen haben. Die Anklage soll sehr umfangreich werden und in etwa einer Woche zur Zustellung gelangen. Ueber die Frage, welche Angehörigen von der Staatsanwaltschaft angefaßt werden dürften, bewahren die Staatsanwaltschaftlichen Dezernenten auf Grund der bisherigen Vorgänge größtes Schweigen.

Als feststehend dürfte gelten, daß Ivan Kulisfer wegen Betrugs zum Schaden der Preussischen Staatsbank in Höhe von etwa 14 Millionen Mark angefaßt werden wird. Andererseits dürfte feststehen, daß die beiden in die Sache seinerzeit verwickelten und verhaftet gemessenen Rechtsanwälte Justizrat Dr. Berthauer und Dr. Engelbert nicht mitangeklagt werden. Zweifelhaft ist es, ob die beiden jugendlichen Söhne Kulisfers, die im wesentlichen nur die Anordnungen ihres Vaters ausgeführt haben, ohne eine Ueberfahrt über die ganzen verwickelten Geschäfte zu haben, mit auf der Anklagebank erscheinen werden. Die gleiche Ungewißheit besteht bezüglich mehrerer anderer Mitangeklagter, die zum Teil längere Zeit in Haft waren und nur gegen Stellung hoher Kautionen aus der Haft entlassen worden sind.

Infolge des Umfangs der Sache und der möglicherweise seitens der Verteidigung noch zu erwartenden weiteren Beweisanträge dürfte mit einem Hauptverhandlungstermin vor Mitte Januar nächsten Jahres nicht zu rechnen sein. Kulisfer, der im Juli dieses Jahres bekanntlich auf Grund eines Gutachtens des Geheimrats Dr. Kraus ohne Kaution aus der Haft entlassen worden war, hat Berlin seitdem nicht verlassen. Er bewohnt jetzt eine große Wohnung am Kurfürstendam, die ihm die leitliche Gefandtschaft überlassen hat, und soll sich bereits wieder kaufmännisch betätigen. Die gegen die Staatsbank und gegen Kulisfer persönlich seinerzeit anhängig gemachten Konkursverfahren sind gleichfalls noch im Gange.

Die Verhandlung gegen Holzmann und den Regierungsrat Barfels, in der Kulisfer als Hauptbelastungszeuge fungiert, mußte bisher immer wieder hinausgeschoben werden, da die Angeklagten dieses Prozesses auf Grund ähnlicher Attente zurzeit nicht verhandlungsfähig sind.

## Beleid des Reichspräsidenten.

Dortmund, 2. Nov. Reichspräsident v. Hindenburg hat an das Oberbergamt Dortmund folgendes Beleidstelegramm gerichtet:

„Die Nachricht von dem schweren Explosionsunglück auf der Besse „Dolland“ hat mich tief bewegt. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der toten Bergleute den Ausdruck meiner herzlichen Anteilnahme und den Verletzten meine besten Wünsche für ihre Wiederherstellung zu übermitteln.“ v. Hindenburg, Reichspräsident.“

## Die passende Brille Das passende Glas

Diplom-Optiker Hahn

Wilsdruffer Str. 42, gegenüber den Kammer-Lichtspielen.